



Eingegangen

20. Dez. 2019

Doris Achelwilm - Büro Berlin

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Doris Achelwilm  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Lange MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der Justiz und  
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

18. Dezember 2019

Betr.: Ihre Frage Nr. 24 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages  
am 18. Dezember 2019

Sehr geehrte Frau Kollegin,

anlegend übersende ich Ihnen meine Antwort auf Ihre oben genannte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Frage Nr. 24:

*Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung für den ausstehenden Gesetzentwurf zum Verbot der Operationen an Kindern und Jugendlichen mit sogenannten intergeschlechtlichen Merkmalen sowie für die Neuregelungen der Personenstandsänderungen im BGB, die das veraltete Transsexuellengesetz (TSG) ersetzen sollen?*

Antwort:

Im Anschluss an den im Herbst 2018 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durchgeführten Fachtag wurde ein Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen erarbeitet, der gegenwärtig in der Bundesregierung abgestimmt wird. Danach wird der Entwurf an Länder und Verbände versandt werden, um ihnen eine Stellungnahme zu ermöglichen. Es ist geplant, die Reform innerhalb der Legislaturperiode abzuschließen.

Der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrages hat nach seiner Versendung weiteren Diskussionsbedarf innerhalb der Bundesregierung ausgelöst. Der politische Meinungsbildungsprozess innerhalb der Bundesregierung ist angesichts der Komplexität der zu klärenden Fragen noch nicht abgeschlossen. Wann ein Entwurf dem Bundeskabinett vorgelegt werden wird, steht derzeit nicht fest.